



Thema

Handlungsspielräume schaffen



Demokratie bei Célestin Freinet

Den Kindern das Wort geben

Was bedeutet es, Kinder zur Demokratie zu erziehen? Sind es die Vorgaben der Erwachsenen, die den Kindern sagen, was zu erledigen und zu lernen ist und die Kinder haben die Pflicht, dem Anspruch gerecht zu werden, den die Erwachsenen an sie stellen? Oder wie sind die Schlagworte der heutigen Schule wie Selbstständigkeit, Selbsttätigkeit, Selbstverantwortung und Eigenaktivität, aber auch Verantwortung der Gruppe gegenüber zu verstehen?

Von all den Reformpädagogen und -pädagoginnen haben sich besonders Célestin Freinet und Janusz Korczak hervorgetan, wobei das Konzept von Korczak vor allem im Zusammenhang mit dem Kinderparlament, das er für seine Heime entwickelt hat, bekannt wurde.

Schule als Abbild des Alltags

Freinet ist eigentlich der Reformpädagoge, der sich explizit der Thematik gewidmet und sie als wesentlichen Teil seines Unterrichts angesehen hat. Für ihn ist die Schule ein Abbild des Alltages mit den gesellschaftlichen Formen, die sich darin in einer „Miniaturform“ darstellen. Die Schule hat die Aufgabe, den Kindern innerhalb dieses Schonraumes die Möglichkeit zu bieten, die Spielregeln der Demokratie kennen zu lernen und, noch wichtiger, sie zu erproben und zu erlernen. Von Célestin Freinet stammt der Ausspruch „den Kindern das Wort geben“. Dieser Satz bezieht sich zwar sehr stark auf das Schreiben, vor allem im Zusammenhang mit der Druckerei, aber er hat damit auch ein Instrument geschaffen, mit dem Kinder die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren. Sie sollen ihre Meinung äußern, ihre Gedanken sichtbar machen und zur Diskussion stellen.

Der Erwachsene muss die Kinder in diesem Prozess ernst nehmen und ihre Meinung als solche auch akzeptieren. Die Kinder wiederum müssen lernen, mit Kritik umzugehen, sich der Diskussion zu stellen und in diesem Prozess argumentieren zu lernen.

Wie kann nach Célestin Freinet Demokratieverziehung erfolgen? In den Klassen gibt es – zum Beispiel am Morgen – tägliche Gesprächskreise, die nicht von den Erwachsenen geleitet werden, sondern jeweils von einem anderen Kind. Dieses Kind ist für die Gesprächsführung verantwortlich, zusätzlich gibt es einen Sekretär, der für das Protokoll zuständig ist. Die Kinder lernen mithilfe der Lehrperson, sich immer besser zu artikulieren und gemeinsam Entscheidungen zu fällen. Wesentlich dabei ist, dass die Entscheidungen von den Kindern getroffen werden und die Lehrperson nur eine Stimme in der Gruppe hat, also die Kinder nicht überstimmen kann. Auch muss sich die Lehrperson an die Reihenfolge im Gespräch halten. Nur so ist es möglich, dass Kinder wirklich ihren Beitrag und ihre Meinung als wichtiges Element in der Gemeinschaft erleben.

In einer Gemeinschaft leben

Zentrales Element, nicht nur bei Freinet, sondern auch bei John Dewey und Peter Petersen sind das Gespräch und die Diskussion Elemente der sozialen Erziehung. Individualisierung ist ein wichtiges Kennzeichen unserer Zeit, aber man sollte dabei nie ganz vergessen, dass wir in einer Gemeinschaft leben, wir also diesem Aspekt denselben Stellenwert wie der Individualisierung zukommen lassen. Dazu bedarf es der Kommunikation und Kooperation, für die sich die Reformpädagogen und -pädagoginnen immer stark gemacht und die sie als wesentliche Aspekte ihres Unterrichts betrachtet haben. In den Originalwerken der oben angeführten Reformpädagogen finden sich unzählige Beispiele und Erklärungen, wie eine solche demokratische Erziehung erfolgen und wie sie konkret umgesetzt werden kann. Sie können eine wertvolle Hilfe für den schulischen Alltag sein und die eigene erzieherische Arbeit erheblich aufwerten.

Christian Laner

Mitarbeiter des Pädagogischen Instituts



Lernfelder für Demokratie

Wozu Partizipation von Kindern und Jugendlichen?

Meine Vision ist eine Gesellschaft, in der die Kinder und Jugendlichen ihre Interessen selbst vertreten. Kinder und Jugendliche reden und entscheiden überall dort mit, wo es um ihre Belange geht, wo sie von der Entscheidung direkt oder indirekt betroffen sind. Gibt es für diese meine Vision die richtigen Voraussetzungen?

Die Entwicklungspsychologie lehrt uns, dass Kinder nicht anders denken als Erwachsene, sie verfügen sozusagen über die gleiche „Hardware“. Ihnen mangelt es lediglich an „Software“, da sie über viel weniger Erfahrungen und Wissen verfügen als Erwachsene (vgl. Oerter 2001, S. 39 ff.). Das bedeutet, dass sie grundsätzlich an allen Entscheidungen beteiligt werden können, wenn ihnen das notwendige Wissen altersgemäß zur Verfügung gestellt wird. Kindheit und Jugend wird von sehr vielen als Vorbereitungszeit auf das Erwachsenenleben und somit als Wartezeit auf das eigentliche gesellschaftliche Leben gesehen.

Eine Vorstellung, die meiner Meinung nach mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat, denn ein gesellschaftlicher Schonraum für Kinder existiert nicht mehr: Sie sind wie Erwachsene allen medialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Einflüssen ausgesetzt. Der Übergang von der Kindheit in die Jugendphase beginnt immer früher, so ist die Pubertät von 1900 bis 2000 um mehr als zwei Jahre nach vorn gerückt. Sie beginnt bei der Mehrzahl der Mädchen heute mit 11,5 und bei den Jungen mit 12,5 Jahren. Auch soziokulturell sind Jugendliche sehr früh mündig; sie können und müssen sich in vielen Bereichen (Medien und Konsum, Freundschaft und Liebesbeziehungen) wie

Erwachsene bewegen. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Gesellschaft und Politik Kindern und Jugendlichen jedoch dann die notwendige Reife und Kompetenz absprechen, wenn es darum geht, ihnen bei Entscheidungen Verantwortung und Macht zu übertragen. Gleichzeitig erwarten wir uns aber später von jungen Erwachsenen, dass sie sich plötzlich für gesellschaftspolitische Themen interessieren, sich am demokratischen Leben beteiligen, für sich und die Gesellschaft Verantwortung übernehmen, ohne zu berücksichtigen, dass ihnen bis dahin relativ wenige Lernfelder für Demokratie zur Verfügung gestanden haben.

Familie als wichtigstes Lernfeld für Demokratie

In der Familie kann und soll Mitbestimmung tagtäglich gelebt und erlebt werden. Kinder und Jugendliche sollen spüren, dass auch ihre Meinung zählt, dass auch sie mitreden können und dass ihre Stimme Gewicht hat! Lernfelder für Demokratie sollen aber nicht nur einfache Spielwiesen sein, auf denen sich unsere nächste Generation austoben kann, ohne jegliche Konsequenzen bzw. ohne Wirkung auf ihr Umfeld. Lernfelder sind vielmehr Praxisfelder; in denen junge Menschen Tag für Tag erleben und begreifen können, dass ihre Meinung gefragt ist, Gehör findet und letztlich auch Einfluss auf die Entscheidungsfindung in ihrem Umfeld hat. Kinder und Jugendliche lernen dadurch rechtzeitig, dass Entscheidungen immer auch Konsequenzen für sie selbst und ihre Mitmenschen haben. Dieses Gefühl muss Kindern und Jugendlichen über den familiären Kontext hinaus auch in der außerschulischen Jugendarbeit

und in der Schule vermittelt werden. Nur so können sie sich als gleichwertiger Teil der Gesellschaft fühlen und sich mit ihrem Umfeld und Lebensraum identifizieren.

Schule bietet vielfältige Möglichkeiten

Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil ihres Alltags in der Schule. Durch die Schulreform wird das Zeitpensum noch größer und die Prägung der Schule für die Kinder und Jugendlichen zusätzlich verstärkt. Die Schule von heute kann sich nicht mehr rein auf die Wissensvermittlung konzentrieren. Begriffe wie soziales Lernen und Persönlichkeitsentwicklung haben zum Glück längst Einzug in die Lernpläne gefunden. Damit sind Schulen aber herausgefordert, Lernfelder zu arrangieren und zu gestalten, in denen Kinder und Jugendliche miteinander und gemeinsam mit Erwachsenen die Welt entdecken und verstehen, soziale Kompetenzen entwickeln und Verantwortung übernehmen lernen. Dazu braucht es die Bereitschaft der Schule, sich für die Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern auch im schulinternen Alltag zu öffnen. Der Schulalltag bietet viele Möglichkeiten, in denen Kinder und Jugendliche Mitbestimmung erleben können. Das fängt bei der einfachen Klassensprecherwahl an, geht über die Mitbestimmung bei der Sitzordnung, der Gestaltung des Klassenzimmers oder des Schulhofs bis hin zur Mitsprache bei der Festlegung der Lerninhalte. Vor allem spielt in diesem Zusammenhang die Mitbestimmung der Jugendlichen innerhalb des Systems Schule eine große Rolle. Dürfen Schülerinnen und Schüler als Teil des Systems sich in Entscheidungsprozesse mit einbringen, wird nach ihrer Meinung gefragt, oder wird

über ihre Köpfe hinweg entschieden? Schülerinnen und Schüler identifizieren sich erst dann mit ihrer Schule, wenn sie mitgestalten und mitentscheiden dürfen. So hat eine Studie in Deutschland (Angela Anaconda Schulumfrage) ergeben, dass Schülerinnen und Schüler, die Verantwortung für die Klasse und die Schule tragen, lieber zur Schule gehen und aktiver im Unterricht mitarbeiten.

Eine Sonderrolle spielt in diesem Zusammenhang an der Schule die politische Bildung. Wollen wir die Jugendlichen zu politischer Verantwortung und zu gesellschaftspolischem Engagement führen, um dadurch in Zukunft eine demokratische Gesellschaft zu garantieren, so müssen in Richtung politischer

Bildung klare Maßnahmen gesetzt werden. Politische Bildung kann nämlich aufzeigen, dass und warum politische Verantwortung und gesellschaftspolisches Engagement notwendig und sinnvoll sind. Politische Bildung kann und muss dabei Brücken schlagen von den Interessen der Jugendlichen hin zum politischen Alltag. Dies gelingt jedoch nicht, wenn politische Bildung auf reine Institutionenlehre reduziert wird.

Erwachsene spielen eine entscheidende Rolle

Erwachsene nehmen im Bereich der Mitbestimmung von Kindern und Jugendli-

chen eine Schlüsselfunktion ein. Ihre Rolle besteht darin, der forschenden und gestaltenden Auseinandersetzung der Kinder und Jugendlichen mit ihrer Lebenswelt mit dem zurückhaltenden Verzicht auf voreilige Erklärungen zu begegnen; dann aber die Entscheidungen der Kinder und Jugendlichen durch ein größtmögliches Maß an Information abzusichern (vgl. Oerter 1992); und schließlich, aus der größeren Einsicht und Erfahrung heraus, auch den „Mut zum Besserwissen“ zu haben.

Michael Peer, Mitarbeiter für Basisarbeit und Partizipation im Südtiroler Jugendring



Schule demokratiefähig machen

Aufeinander eingehen – aufeinander zugehen

Die Demokratie ist die bisher wohl anspruchsvollste entwickelte Staatsform. Der Begriff Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Die antiken Demokratien in Athen und Rom stellen die Vorläuferinnen der heutigen Demokratien dar. Sie sind als Reaktion auf zu große Machtfülle und Machtmissbrauch entstanden. Erst in der Aufklärung (17./18. Jahrhundert) formulierten die Philosophen die wesentlichen Elemente einer modernen Demokratie: Gewaltentrennung, Grundrechte/Menschenrechte, Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat.

Die Demokratie ist somit eine Staatsform mit einer Verfassung, die allgemeine und persönliche (Menschen-)Rechte garantiert, mit unabhängigen Gerichten und gleichen, geheimen und freien Wahlen.

Recht auf positives Umfeld

Angewandte Demokratie in der Schule ist nicht nur ein wirkungsvolles Instrument, um junge Menschen auf dem Weg hin zu mündigen und aktiven Mitgliedern in der Gesellschaft zu begleiten und zu unterstützen: Sie schafft auch ein positives Klima von Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein.

In einer solchen Schulgemeinschaft haben alle Mitglieder das Recht auf eine sichere und friedliche Schule. Jeder und jede Einzelne trägt die Verantwortung dafür, dass ein positives und anregendes Umfeld für das Lernen und die Persönlichkeitsentwicklung entsteht. Gleichwertige Behandlung und gegenseitiger Respekt sind selbstverständlich, jede und jeder ist sich der eigenen Rech-

te und Pflichten bewusst. Eine demokratische Schule hat ein demokratisch gewähltes Entscheidungsgremium, das sich aus abstimmungsberechtigten Mitgliedern der gesamten Schulgemeinschaft zusammensetzt. Konflikte werden auf gewaltfreie und konstruktive Weise gelöst. Eine demokratische Schule sieht sich als Teil der lokalen Gemeinschaft und Gesellschaft und ist am Austausch von Informationen mit Partnern vor Ort interessiert. Die Kooperation ist von wesentlicher Bedeutung für die Vorbeugung und die Lösung von Problemen (vgl. Europäische Charta für eine demokratische Schule ohne Gewalt).

Erziehung zur Demokratie

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und kann sehr schnell gefährdet werden, wenn sich in der Gesellschaft das Bewusstsein darüber verliert. Die Schule als Teil der Gesellschaft hat die zentrale Aufgabe und die Verantwortung, die Schülerinnen und Schüler auf eine demokratische Zukunft vorzubereiten.

Lernen, was Demokratie bedeutet, heißt die Schülerinnen und Schüler zu einem bewussten demokratischen Handeln zu befähigen. Um Demokratie leben zu können, müssen die Schülerinnen und Schüler Teil einer demokratischen Gemeinschaft sein. Teil einer demokratischen Schule zu sein, bedeutet die Übertragung von Verantwortung, die Erprobung von Führung und das Akzeptieren begründeter Kritik. Eine demokratische Schule lebt eine Kultur der Anerkennung und der Inklusion. Erst wenn ein Mensch die demo-

kratische Denkweise internalisiert hat, hat er die Fähigkeit erworben, eine demokratische Gesellschaft mitzugestalten.

Lösungsansätze im Schulalltag

Es gibt unterschiedliche Lösungsansätze, die demokratisches Denken und Handeln fördern können. Zu denken ist hier an die Persönlichkeitsentwicklung und „Ich-Stärkung“ der jungen Menschen. Die Schule kann nicht nur ein Ort der Fachwissensvermittlung sein, sondern muss auch Handlungs- und Erfahrungsspielräume ermöglichen.

Es geht um die Förderung von Empathie, die dem Menschen ermöglicht, die Gefühle anderer wahrzunehmen und sie zu verstehen, um angemessen reagieren zu können.

Als wichtigste Grundlage zur Gewaltprävention unterstützt Empathie die soziale Kompetenz, da sie sensibel auf die Gefühle des Nächsten antwortet. Das Senden von „Ich-Botschaften“ und aktives Zuhören gehören zur Sprachkompetenz. Sprache schafft Wirklichkeit und ermöglicht somit eigene Gefühle, Wünsche, Gedanken und Vorstellungen auszudrücken. Eine Kultur des Dialogs ermöglicht ein „Aufeinander-Zugehen“, ein „Aufeinander-Eingehen“. Sie fördert das Selbstvertrauen und vermittelt Toleranz und Respekt. Es geht nicht nur darum, zu reden, Ansichten zu entwickeln und Meinungen zu vertreten, sondern auch darum, anderen zuzuhören und sie als gleichwertige (Gesprächs-)Partner zu akzeptieren und anzuerkennen. Probleme werden sprachlich analysiert, Mittel und Wege müssen gesucht werden, um sie zu bearbeiten und zu be-



wältigen. Eigeninteressen werden mit den Interessen der Anderen verwoben, sodass sich das soziale Zusammenleben zu einem demokratischen Ganzen entwickelt.

Dialog, Verantwortung und Zivilcourage

Orientierung bieten die allgemein ausgehandelten, als verbindlich geltenden und (schul)gesellschaftlich anerkannten Normen. Sie stellen die Basis für ein friedliches und wertschätzendes Zusammenleben dar. Normen werden nicht immer eingehalten, und so stellt die Mediation – als Streit-schlichtung – eine Möglichkeit dar, den Dialog aufzunehmen, um gemeinsam erneut konstruktive Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Allgemein sollte soziales Lernen in jeder Unterrichtsstunde stattfinden. Päd-

agogische und didaktische Möglichkeiten bieten unterschiedliche Sozialformen und erweiterte Lernformen. Es können dies Partner-, Gruppenarbeiten sein, die sich in Lernwerkstätten, (gemeinsam entwickelten) Projekten, Forschungsaufträgen, Freiarbeit, Wochenplan, Lehr- und Lerngängen verwirklichen lassen. Durch gemeinsames Leben und Lernen entwickelt sich der Sinn für Verantwortung, das Übernehmen von Verantwortung und somit die Fähigkeit, eigenverantwortlich zu handeln. Eigenverantwortliches Handeln ist Voraussetzung für mutiges Eingreifen, wenn Hilfe gefragt ist. Mitglieder unserer Gesellschaft beklagen vielfach das Wegsehen vor allem dann, wenn Unterstützung geleistet werden sollte. Der Niedergang des Verantwortungsbewusstseins scheint einherzugehen mit dem Niedergang der Zivilcourage.

Fazit

Demokratiekompetenz erwirbt jeder nur durch das Leben und Lernen in und mit Demokratie. Sie setzt sich zusammen aus der kognitiven, der prozeduralen und der habituellen Kompetenz. Die kognitive Kompetenz befähigt die Lernenden, die Strukturen und Prozesse der Demokratie zu verstehen, die prozedurale Kompetenz macht die Lernenden handlungsfähig und versetzt sie in die Lage, Problemlösungen zu beeinflussen. Gemeinsam ermöglichen sie die habituelle Kompetenz. Das ist die Bereitschaft der Lernenden, auf der Grundlage gewissenhafter und verantwortungsbewusster Urteilsbildung, begründete Entscheidungen bezüglich ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu treffen und sie im ständigen Spannungsfeld zwischen Zustimmung und Kritik praktisch werden zu lassen. Dies geschieht im Bewerten, Beurteilen, Entscheiden, Handeln und in der Selbstreflexion. Habituelle Kompetenz ist grundlegend für eine demokratische Gesinnung (vgl. Scherb, S. 20 ff.).

Lea Stampfl

Mitarbeiterin der Dienststelle für Gesundheitserziehung, Integration und Schulberatung

Literatur:

Scherb, Armin (2004): Werteeziehung und pluralistische Demokratie. Peter Lang GmbH. Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main.

Das Recht des Kindes auf Achtsamkeit

Über die Bedeutung eines „echten“ Dialogs

Seit Jahrzehnten sind Pädagoginnen und Pädagogen, politisch Verantwortliche, verschiedenste soziale Dienste und sozialpädagogische Einrichtungen bemüht, die Rechte der Kinder zu wahren. Sie machen auf Notstände, Unterdrückung und Ausbeutung aufmerksam und weisen auf die Bedürfnisse von Kindern nach Schutz und Geborgenheit, Bildung und Mitbestimmung hin. Sie gestalten Präventions- und Sensibilisierungsarbeit.

Die derzeitige Fassung der UN-Kinderrechtskonvention geht auf das Jahr 1989 zurück. Erste Vereinbarungen zur Erklärung der Kinderrechte wurden von 50 Nationen der heutigen Uno bereits 1924 in Genf getroffen. Die ersten Diskussionen und Ansätze reichen noch weiter zurück. Diese Zeit war im europäischen Raum getragen von einer reformpädagogischen Bewegung, der „Pädagogik vom Kinde aus“. Die schwedische Reformpädagogin Ellen Key (1849–1926), bekannt durch das Buch „Das Jahrhundert des Kindes“, setzte sich für die Stärkung der Persönlichkeit und für eine „Pädagogik des Wachsen-Lassens“ ein. An dieser Stelle sei auch der polnische Arzt und Pädagoge Janusz Korczak (1878 oder 1879–1942) genannt, der „König der Kinder“, der unzähligen Waisen- und Straßenkindern ein Zuhause gab und konsequent auf der Seite der Schwächeren blieb – bis in den Tod. Er sprach über Kinderrechte und Erziehungsfragen in

Radiosendungen und schrieb darüber: Zu seinen bekanntesten Werken zählen „Das Recht des Kindes auf Achtung“ und „Wie man ein Kind lieben soll“.

Wünschen und Gefühlen Aufmerksamkeit schenken

Auf der Basis der Wahrung der Kinderrechte und im Sinne der erwähnten Präventionsarbeit entwickelten und entwickeln sich auch in der Kleinkindpädagogik kontinuierlich vielseitige Projekte und pädagogische Überlegungen zur Förderung von Mitbestimmung und Mitverantwortung in Kindergruppen. Den Pädagoginnen und Pädagogen geht es dabei im Wesentlichen darum, dass Kinder lernen, ihre Bedürfnisse, Gefühle, Wünsche und Meinungen zu formulieren. Sie erfahren, dass Regeln und Gesetzmäßigkeiten Strukturhilfen für das zwischenmenschliche Zusammenleben sein können. Sie erfahren auch, dass es dazu Verhandlungsmöglichkeiten gibt. Das Anbieten von Entscheidungsmöglichkeiten und die Erfahrung der eigenen Wirksamkeit (sich einbringen, sich abgrenzen dürfen, etwas bewegen können ...) stärken das Selbstwertgefühl des Kindes und unterstützen die innere Unabhängigkeit von Fremdbestimmung und Fremdbewertung. Der Schweizer Psychoanalytiker Arno Gruen erklärt in seinem Buch „Der Verrat am Selbst“, was wirkliche Autonomie ausmacht: „Autonomie beinhaltet die Fähigkeit, ein Selbst zu haben, das auf dem Zugang zu eigenen Gefühlen und Bedürf-

nissen gründet“ (Gruen 2000, S. 18). Ob ein Mensch von Fremdbestimmung abhängig wird oder nicht, hängt mit frühen Lebensmustern zusammen.

Treffpunkt Gesprächskreis im Kindergarten

Viele Kindergartenpädagoginnen planen in ihre Bildungsarbeit regelmäßig Gesprächsrunden verschiedenster Art ein, um mit den Kindern Alltagsthemen zu diskutieren, darunter Erlebnisse, Neuigkeiten, Vorhaben, Änderungswünsche, Probleme, Verärgierungen ... Gemäß den Interessen und Bedürfnissen der einzelnen Kinder oder der Gruppe als Ganzes werden gemeinsam Entscheidungen getroffen. Gleichzeitig lernen Kinder unterschiedliche Rollen und Aufträge wie Gesprächsleitung, Umsetzung von Vereinbarungen, Berichterstattung ... kennen. Das Einhalten von Gesprächsregeln, ein sorgsamer Umgang beim Zuhören, kritische Stellungnahmen in angemessenem Ton sind weitere Themen der Lernprozesse. Die Aufmerksamkeit fällt nicht nur auf das „Was“, sondern auch auf das „Wie“ des Kommunizierens. Werte wie Einfühlungsvermögen beim Zuhören und Mitteilen der eigenen Meinung und Achtsamkeit für den Inhalt sowie für den Gesprächspartner oder die Gesprächspartnerin werden vorgelebt und vermittelt.



Von der Wirksamkeit eines „echten“ Dialogs

Kinder erfahren unterschiedliche Standpunkte ohne Abwertung der Unterschiedlichkeit und sie erleben die Wirksamkeit des Dialogs. „Echter“ Dialog ermöglicht Menschen in freier Entscheidung das Gehörte wirken zu lassen, es nach eigenem Ermessen intellektuell und emotional einzuordnen und darauf zu reagieren – passiv oder aktiv. Paolo Freire macht mit seinem Buch „Pädagogik der Unterdrückten“ auf die große Sprachlosigkeit von unterdrückten und manipulierten Menschen aufmerksam und erklärt, wie Kommunikation, die „echten“ Dialog zulässt, Machtmissbrauch entgegenwirken kann. „Ohne Dialog gibt es keine Kommunikation, und ohne Kommunikation kann es keine wahre Bildung geben“ (Freire 1973, S. 76). Mit dieser Aussage sind wir aufgefordert, Oberflächlichkeit und Herrschaftsinteresse von Kommunikationsformen, welche auf einen nicht wirklichen oder nicht authentischen Dialog basieren, kritisch zu untersuchen.

Weitere Demokratieerfahrungen für Kinder

Auch außerhalb des herkömmlichen pädagogischen Rahmens (Kindergarten, Schule, Jugendzentren ...) können Kinder in unserer Gesellschaft Mitbestimmungsrechte erleben. Es gibt Gemeinderäte, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die den Anliegen von Kindern Aufmerksamkeit schenken. Wichtig ist, dass Kinder nicht mit Themen überfordert oder belastet werden, die sie nicht betreffen. Denn es gibt Entscheidungen, die letztendlich Erwachsene treffen müssen und die auch in deren Verantwortungsbereich gehören.

Bei modernen Ansätzen der Städteplanung wird die Sichtweise von Kindern in Bezug auf Entscheidungen über ihren Lebens- und Erfahrungsraum mit berücksichtigt. Kinderparlamente, Kinder- und Jugendforen, Zukunftswerkstätten und Planungsforen sind längst bekannte Gremien.

Aktuelle Bildungspläne erkennen grundsätzlich „Kinder als Experten, Expertinnen

ihres eigenen Lernprozesses“ an. Zweifels- ohne zählt somit auch ihre Sicht- und Lebensweise.

Veronika Hafner

Mitarbeiterin des Pädagogischen Instituts

Literatur:

- Gruen A. (2000): Der Verrat am Selbst. Die Angst vor Autonomie bei Mann und Frau. München: Deutscher Taschenbuch Verlag (13. Auflage).
- Freire P. (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. (Einführung von Lange E.). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. (rororo)
- Key E. (1992): Das Jahrhundert des Kindes. Weinheim und Basel: Beltz. Ersterscheinung in deutscher Sprache 1902. Berlin: S. Fischer-Verlag.
- Korczak J. (1998): Das Recht des Kindes auf Achtung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (6. Auflage).
- Portmann R. (2001): Kinder haben ihre Rechte. Denkanstöße, Übungen und Spielideen zu den Kinderrechten. München: Don Bosco Verlag (1. Auflage).